



„Muttersprachlicher“ Unterricht Eine Erinnerung

Plädoyer für die Wiederbelebung einer institutionskritischen
Mehrsprachigkeitsdebatte

In den derzeitigen Bildungsdebatten dominiert ein Deutsch(pflicht)diskurs, der selbst von kritischen Stimmen kaum durchkreuzt wird. Diskussionen um Mehrsprachigkeit sind aus den öffentlichen Debatten weitgehend verschwunden. Diese diskursive Stille herrschte jedoch nicht immer.

Im Folgenden soll am Beispiel der Entwicklung des „muttersprachlichen“ Unterrichts an die politischen und alltäglichen Auseinandersetzungen um sprachliche Machtverhältnisse im österreichischen Schulsystem erinnert werden. Die Einführung des „muttersprachlichen“ Unterrichts als Schulversuch 1975 kann – neben dem von „autochthonen“ Minderheiten erkämpften Recht auf Bildung in der „Muttersprache“ – als ein zentraler historischer Moment gelesen werden, in dem kräftig am monolingualen Habitus der Schule gerüttelt wurde. Gleichzeitig erzählt die Geschichte des Muttersprachenunterrichts auch von den Blockierungen einer strukturellen Verankerung von Mehrsprachigkeit.

Der Muttersprachenunterricht in Österreich entstand aufgrund der transnationalen Lebensrealität von „Gastarbeiter*innen“. Die Anfang der 1970er Jahre nicht mehr verlängerten Arbeitsverträge führten zur Rückkehr

einiger Familien in ihre Herkunftsländer. Deren Kinder, die in österreichischen Schulen ausschließlich auf Deutsch unterrichtet wurden, kämpften dort plötzlich mit sprachlichen und fachlichen Problemen. Oft waren Klassenwiederholungen und Sonderschulzuweisungen die Folge. Ein Missstand, der von den Entsendestaaten so lange kritisiert wurde, bis Mitte der 1970er eine Lösung für alle Mitgliedstaaten des Europarats beschlossen wurde. Das ausformulierte Ziel des Europarates sah vor, eine bilinguale Ausbildung zu schaffen. Sowohl die Option der Rückkehr als auch jene des Bleibens sollte so ermöglicht werden.

Zwar wurde der „muttersprachliche“ Zusatzunterricht in Österreich bald darauf eingeführt, die Diskussionen um seine Ausgestaltung hielten jedoch länger an. Aufgrund des Drucks der Repräsentant*innen der Entsendestaaten wurden Forderungen

diskutiert, die eine tatsächliche strukturelle Verankerung und Aufwertung der beiden Migrationssprachen Türkisch und Serbokroatisch im Schulsystem zur Folge gehabt hätten. Zu den zwei radikalsten dieser Forderungen zählen jene, die von der türkischen Delegation vorgebracht wurden: die Verankerung des Türkischen als Pflichtgegenstand bzw. als Pflichtgegenstand an Stelle der ersten lebenden Fremdsprache sowie die Berücksichtigung „muttersprachlicher“ Kenntnisse bei der Aufnahme ins Gymnasium. Vonseiten der österreichischen Verhandler*innen wurden solche Ideen jedoch abgelehnt. Stattdessen wurde der Muttersprachenunterricht als „muttersprachlicher“ Zusatzunterricht außerhalb des Regelunterrichts eingerichtet. Damit war der Grundstein für seine spätere Randständigkeit gelegt.

Kurz vor seiner Überführung in das Regelschulwesen 1991 brachte

die damalige grüne Abgeordnete Christine Heindl – zusätzlich zu einer Petition, die die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern mit „nicht-deutscher“ Muttersprache, ihrer Lehrer*innen und Eltern forderte – einen Entschließungsantrag^[1] im Nationalrat ein. Darin setzte sie sich für das „Recht auf Muttersprache“, ein Verständnis von Schule als „interkulturelle[m]-mehrsprachige[m] Ort“ sowie den Einsatz von muttersprachlichen Zusatzlehrer*innen als Begleitlehrer*innen im Regelunterricht ein.

Zwar markierte das Jahr 1992 eine Wende – der „muttersprachliche“ Unterricht wurde als Gesamtpaket mit den in den Schulversuchen erprobten Sprachförderklassen im Regelschulsystem verankert –, doch weder die in den 1970er und 80er Jahren diskutierten Probleme noch die kurz davor vorgebrachten Anliegen wurden bei der Überführung ausreichend berücksichtigt. Vielmehr ereignete sich mit der Institutionalisierung des Muttersprachenunterrichts das, was Sara Ahmed als einen wichtigen Blockade-Mechanismus identifiziert: „[...] the passing of something, an agreement, can be how something is stopped.“ (Ahmed 2017: 137) Vermutlich hätte seine Abschaffung in den 1990er Jahren, in denen u. a. aufgrund der nationalen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien auch in Österreich eine Stimmung für Minderheitenrechte herrschte, politisch mehr Kosten verursacht als seine schwache Verankerung.

Bereits wenige Jahre später thematisierten Dilek Çınar et al. in einer umfassenden Studie die institutionelle Marginalisierung und Prekarität des Muttersprachenunterrichts. Neben seiner Institutionalisierung als Wahlfach bzw. unverbindliche Übung, wodurch der Unterricht gegenüber anderen Fächern abgewertet wird, identifizierten sie die unsicheren Anstellungsverhältnisse

als zentrales Problem, die die ohnehin schon schwache Position der Muttersprachenlehrer*innen in einem „weißen“, monolingualen Raum zusätzlich untergräbt. Anhand der Veröffentlichung einer Gruppendiskussion von Muttersprachenlehrer*innen und eines persönlichen Briefes machte die Studie zudem auf die Konsequenzen im Berufsalltag aufmerksam. Die späteren Forschungen von Brigitta Busch und İnci Dirim knüpften an diese Erkenntnisse an, nahmen aber weitere Aspekte in den Blick. Beide verdeutlichten die Notwendigkeit der Dekonstruktion sprachideologischer Konzepte, die auch hinter dem Konstrukt des Muttersprachenunterrichts stehen, sowie die zwiespältige symbolische Bedeutung des Unterrichts als Ort der gleichzeitigen Anerkennung und Abwertung von Migrationssprachen.

Die Erforschung der Situation von Muttersprachenlehrer*innen verbesserte das Verhältnis zum Bildungsministerium. Mit Elfie Fleck aus dem „Referat für Migration und Schule“ als Verbündete gelang es, Muttersprachenehrer*innen nicht nur mittels Rundbriefe den Rücken zu stärken, sondern eine Homepage^[2] mit wichtigen Informationen und Materialien aufzubauen sowie 2012 – gemeinsam mit Elisabeth Furch aus der damaligen Kompetenzstelle für Migration und Mehrsprachigkeit – einen Lehrgang zur Weiterqualifizierung von Muttersprachenlehrer*innen an der PH Wien einzurichten^[3]. Im ersten Durchlauf des Lehrgangs konstituierte sich eine Gruppe, die den Verein der MuttersprachenlehrerInnen Österreichs^[4] gründete. Dieser wurde zu einem wichtigen Austausch- und Vernetzungsort. Kurz: Es wurden viele Anstrengungen – auch von Muttersprachenlehrer*innen selbst – unternommen, um die Situation an den Schulen positiv zu verändern.

Trotzdem änderte sich an den institutionellen Bedingungen wenig.

So ist es nicht erstaunlich, dass der Ende der 1990er in der Studie von Çınar veröffentlichte Brief für viele Muttersprachenlehrer*innen auch heute noch zutreffend ist. Dazu zählen das prekäre Arbeitsverhältnis, die unsicheren Teilnehmer*innenzahlen im Zusammenhang mit der mangelnden Informationsverbreitung über Anmeldeöglichkeiten, die Isolation und Schlechterstellung im Kollegium, die fehlenden Unterrichtsmaterialien genauso wie die inexistente Lehr- amtsausbildung.

Obwohl Muttersprachenlehrer*innen dennoch oft erfolgreich unterrichten, zeigt sich, dass diese institutionalisierte Schieflage in Zeiten, in denen Debatten um Mehrsprachigkeit zugunsten von Deutsch(pflicht)-diskursen verstummt sind, unsichtbarer wird und der Unterricht unter Legitimationsdruck steht. Damit dieser widersprüchliche migrationsgeschichtliche Raum und die damit verbundenen Auseinandersetzungen für ein Recht auf mehrsprachige bzw. heteroglossische Bildung nicht in Vergessenheit geraten, braucht es eine neue, selbstbewusste Mehrsprachigkeitsdebatte, die Bezüge zwischen wichtigen (institutionellen) Kritikpunkten und Forderungen aus der Vergangenheit mit soziolinguistischen und rassismuskritischen Erkenntnissen sowie den aktuellen Erfahrungen von Muttersprachenlehrer*innen herstellt.

Literatur

Ahmed, Sara: *Living a Feminist Life*. Durham/London 2017.

Busch, Brigitta: *Bosnisch, Kroatisch, Serbisch, Serbokroatisch, Jugoslawisch, Romani oder Vlachisch? Heteroglossie und muttersprachlicher Unterricht in Österreich*. In: Peter Cichon: *Gelebte Mehrsprachigkeit. Akten des Wiener Kolloquiums zur individuellen und sozialen Mehrsprachigkeit*, 5./6.XI.2005. Wien 2016.

Çınar, Dilek (Hrsg.): *Gleichwertige Sprachen? Muttersprachlicher Unterricht für die Kinder von Einwanderern*. Innsbruck/Wien 2018.

Dirim, İnci: *Der herkunftssprachliche Unterricht als symbolischer Raum*. In: İnci Dirim, Ingrid Gogolin, Dagmar Knorr, Marianne Krüger-Potratz, Drorit Lengyel, Hans H. Reich, Wolfram Weiße (Hrsg.): *Impulse für die Migrationsgesellschaft. Bildung, Politik und Religion*. Münster 2015.

Petra Neuhold ist Soziologin und Lehrerin. Sie lebt in Wien.

^[1] https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/I/1_00732/imfname_261857.pdf (Stand: 9.11.2019).

^[2] <http://www.schule-mehrsprachig.at> (Stand: 9.11.2019).

^[3] <https://tinyurl.com/yycb5s8> (Stand: 9.11.2019).

^[4] <http://www.mloee.at/index.php> (Stand: 9.11.2019).